

Perspektiven

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **29 (2022)**

Heft 322

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Perspektiven

Flaschenpost aus Kiew: Der Angriff auf die Ukraine richtet sich gegen die Zivilbevölkerung. Die russische Kriegsführung hat System, man kennt sie auch aus Syrien. Von Alfred Hackensberger

30

Dennis Meadows und Aurelio Peccei wurden 1970 zu Popstars der globalen Wachstumskritik. Von der HSG wurden sie gefeiert. Was ist geblieben? Ein Essay zu *50 Jahre Grenzen des Wachstums* von Philipp Bürkler

32

Was sagt eigentlich das Personal zu den verlängerten Ladenöffnungszeiten? Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Initiative «Kein Sonntagsverkauf in der Stadt St.Gallen». Von Roman Hertler

35

Auch Gebäude jüngerer Datums sind Denkmäler. In St.Gallen kommt der doppelte Generationenwechsel bei der kantonalen und der städtischen Denkmalpflege zur richtigen Zeit. Von René Hornung

38



Die Stadt Tschernihiv wurde mehrere Wochen lang von russischen Truppen unter ständigem Beschuss belagert. (Bilder: Ricardo Garcia Vilanova)

Männer, die nur kurz Brot holen wollten. Eine Familie mit drei Kindern, die im Keller Schutz suchten. Frauen, die sich in ihren Häusern versteckten. Sie sind nun tot. Russische Soldaten sollen sie in Butscha kaltblütig ermordet haben. Der Bürgermeister der Ortschaft nordwestlich der ukrainischen Hauptstadt Kiew sprach von insgesamt 403 Toten. Einige der Opfer weisen Spuren von Folter auf. Mehrere Frauen wurden vergewaltigt. Nach dem Abzug der russischen Armee aus Butscha erzählen die Leichen von einer unglaublichen Abfolge von Gewalttaten im Laufe der Besatzungszeit. Im einst malerischen Vorort von Kiew ermitteln Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) aus Den Haag wegen Kriegsverbrechen.

Butscha war kein Einzelfall, keine isolierte Gewaltorgie, wie sie Kriege so oft hervorbringen. Die Ereignisse im Aussenbezirk von Kiew sind Bestandteil eines Systems. Russische Truppen haben seit Beginn der Offensive am 24. Februar zivile Ziele in der Ukraine angegriffen: Die Geburtsklinik im Mariupol und Menschen, die aus der umkämpften Stadt an der Azow-See zu entkommen suchten. Russische Raketen zerstörten in Kiew, Kharkow und Tschernihiv Schulen, Kindergärten, Wohngebäude und Kirchen.

«Wir hatten einfach nur Glück»

Von Anfang an trifft es immer wieder unschuldige Zivilisten, die fliehen wollen. Wie Natalia und ihre Familie, die aus Vorzel im

Norden Kiews dem Krieg entkommen wollten und aus Versehen einem russischen Militärkonvoi entgegenfuhren. Ihr Mann versuchte das Auto zu wenden, aber die Russen eröffneten sofort das Feuer. «Ich hatte meine dreijährige Tochter im Arm, als sie tödlich getroffen wurde», erzählt die 42-jährige Mutter schluchzend in einem Krankenhaus in der ukrainischen Hauptstadt. «Auch mein Sohn, der neben mir sass, kam ums Leben.» Ihr Mann wurde am Kopf verwundet und ihr zweiter Sohn blieb unverletzt. Sie schafften es zurück bis in ihre Wohnung. «Ich nähte die Kopfwunde meines Mannes», sagt Natalia. Vom Fenster aus konnte sie beobachten, wie russische Soldaten Leute auf der Strasse einfach niederknallten.

In einem Krankenzimmer liegt auch Andre, ein Tierarzt, der in Hostomel unweit von Irpin eine grosse Farm für Hunde, Katzen, Vögel und sogar einen Löwen hatte. Einen Tag nach Kriegsbeginn bombardierten die Russen sein Tierheim und töteten einen seiner Mitarbeiter, der gerade mit der Fütterung begonnen hatte. Der Tierarzt überlebte wie durch ein Wunder. Er kam mit Schrapnellwunden an beiden Beinen und an der Hand davon. Seine Tiere musste er alle frei lassen. Nur der Löwe blieb im Käfig. Was aus der Raubkatze geworden ist, weiss Andre nicht.

Der Fahrer eines Rettungswagens berichtet aufgeregt, dass man ihn vor 20 Minuten mit Mörsern beschossen habe. «Wir hatten einfach nur Glück und wurden nicht getroffen», sagt der Mann in seiner orangefarbenen

Weste, bevor er sich an einem der Hilfsstände einen warmen Tee einschenken lässt.

Auch die Presse ist im Fadenkreuz der russischen Truppen. Insgesamt acht Medienvertreter mussten in der Ukraine ihr Leben lassen. Russische Soldaten töteten den US-Journalisten Brent Renaud in Irpin mit einem gezielten Schuss. Zwei Tage später trafen in der gleichen Gegend russische Artilleriegranaten den Wagen des Teams des amerikanischen Nachrichtensenders «Fox News». Der Fahrer, der Kameramann und die lokale Produzentin waren sofort tot. Der Reporter verlor ein Bein und einen Fuss. Zuletzt traf es den bekannten ukrainischen Journalisten Maksim Levin. Russische Soldaten folterten ihn noch, bevor sie ihn mit zwei Kopfschüssen hinrichteten. Und da ist auch noch Oksanda Baulina, eine Kreml-Kritikerin, die ihr Heimatland Russland aus Angst vor dem Putin-Regime verliess. Sie wurde in Kiew auf dem Parkplatz des Einkaufszentrums Retroville gezielt getötet.

Syrien als «Erfolgsmodell»

Der Kreml macht es sich einfach und spricht stets von «militärischen Zielen», die seine Armee getroffen haben will – alle anderen Behauptungen seien «Fake News der ukrainischen Nazis und ihrer Helfershelfer im Westen».

Dabei hat das rücksichtslose Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung Methode. Seit fast zehn Jahren ist sie eine tragende Säule der Militärstrategie des Putin-Regimes. Zuerst kam sie in Syrien zum Einsatz, als Russ-



Eine der Hauptstrassen in der Stadt Deir ez-Zor, die in verschiedene Verwaltungszonen eingeteilt ist. Eine Hälfte der Stadt verwalten die Freie Syrische Armee, die Jabath al-Nusra und der IS. Die andere Hälfte wird vom Assad-Regime gehalten.

land dort 2015 intervenierte und mit der Politik der verbrannten Erde weitermachte, wo die syrische Armee aufgehört hatte.

Die Kriegsverbrechen des Kremls in Syrien sind vielfach dokumentiert. So zeigte etwa der abgehörte Funkverkehr russischer Piloten, dass sie gezielt Krankenhäuser, Märkte und Menschen bombardierten, die vor Bäckereien um Brot Schlange standen. Russland half Städte wie Aleppo einzukesseln und ihre Bewohner auszuhungern. Am Boden führten Söldner der Gruppe Wagner den Terror im Rahmen ihres ersten grösseren Auslandseinsatz fort. Sie folterten und exekutierten nach Belieben. Offiziell ist die Gruppe nicht der Armeeführung unterstellt und hat damit freie Hand. Erkenntnissen des deutschen Nachrichtendienstes zufolge waren Wagner-Söldner auch in Butscha stationiert, was das Ausmass der Verbrechen plausibler macht.

Russland hielt in Syrien Diktator Bashar Assad an der Macht, der im Bürgerkrieg am Rande einer Niederlage gestanden hatte. Der Krieg gegen Zivilisten erwies sich damit als «Erfolgsmodell», das zudem den regionalen Führungsanspruch Russlands zementierte. Und Erfolg weckt bekanntlich Nachahmer. Die Türkei, mit grossosmanischen Ambitionen, kopierte das russische Modell. Ankara baute sich eine Söldnerarmee aus überwiegend radikal-islamistischen Rebellenmilizen Syriens auf. Mit ihrer Hilfe führte die Türkei drei völkerrechtswidrige Invasionen in Nordsyrien durch.

Diese syrischen Söldner «begingen schwerwiegende Vergehen und Kriegsverbre-

chen», schrieb Amnesty International nach der letzten Offensive 2019. Dazu gehörten standrechtliche Erschiessungen, Angriffe auf Wohngebiete, Bäckereien und Schulen. So zertritten die Dschihadisten die kurdische Politikerin Hevrin Khalf mit aller Gewalt an den Haaren aus ihrem Wagen, dass Teile ihrer Kopfhaut abrissen. Mit einer Eisenstange brachen sie ihr beide Beine und zerschmetterten das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit. Dann durchsiebten 20 Schüsse den am Boden liegenden leblosen Körper der 34-Jährigen. «Ich möchte, dass die Täter, die meiner Tochter das angetan haben, bestraft werden. Sie müssen dafür bezahlen», sagte die Mutter Souad Mustafa vor drei Jahren. Aber bis heute wurde keiner der Täter zur Rechenschaft gezogen.

Ankara nutzt die Chance

Ob in Syrien oder der Ukraine, es ist dasselbe Muster: Kriegsverbrechen als Werkzeug einer hegemonialen Aussenpolitik, die Ankara wie der Kreml gleich in mehreren Regionen der Welt einsetzte. Der russische Aussenminister Sergei Lavrov schrieb in einem während der Pandemie veröffentlichten Essay: Russland und die Türkei seien die dominierenden Staaten der internationalen Politik, weil sie bereit seien, für ihre Interessen auch mit Gewalt einzutreten.

Die Frage ist allerdings, wie lange das noch so sein wird? Der Krieg in der Ukraine lässt grosse Zweifel an der Stärke Russlands, der zweitgrössten Militärmacht der Welt. Bis-

her konnte der Kreml keines seiner erklärten Ziele erreichen. Nun, bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe, hat er mit einer zweiten Grossoffensive im Osten der Ukraine begonnen, im Donbass. Aber internationale Beobachter bezweifeln, dass ein neuer Angriff mehr Erfolg haben könnte als der erste. Vielmehr wird vermutet, ein zweiter Feldzug könnte ebenfalls im Fiasko enden.

Und die Türkei? Sie gibt sich moderat und versucht zwischen Russland und Europa zu vermitteln. Denn nach dem Ukraine-Krieg wird nichts mehr so sein, wie früher. Die USA und Europa dürften Kriegsverbrechen und Verstösse gegen Völkerrecht nicht mehr so passiv hinnehmen, wie zuvor. Das signalisiert zumindest die grosse politische und militärische Unterstützung für die ukrainische Regierung von Präsident Voldymyr Selenskj.

Aber die unnachgiebige Haltung betrifft tatsächlich nur Europa. Während die Ukraine ums Überleben kämpft, nutzt die Türkei ihre Chance. Während die tapferen Ukrainer im Fokus der Weltöffentlichkeit stehen, die sich gegen das übermächtige Russland wehren, startete Ankara eine Offensive gegen die verhassten Kurden im Nordirak. Mit den gleichen völkerrechtswidrigen und brutalen Mitteln wie das Putin-Regime in der Ukraine.

Alfred Hackensberger, 1959, war von Mitte Februar bis Anfang April 2022 in Kiew und mehreren Städten im Osten und Süden der Ukraine. Er lebt in Tanger und ist Korrespondent für Nordafrika und den Mittleren Osten, unter anderem schreibt er für «Die Welt». Er hat mehrere Bücher veröffentlicht, darunter das *Lexikon der Islam-Irrtümer*. Zuletzt erschien der Kriminalroman *Letzte Tage in Beirut*.

WACHSTUMSKRITIK: DAS FENSTER IST WIEDER OFFEN – ZUM LETZTEN MAL

Die 1970er-Jahre hätten die Gesellschaft nachhaltig sozialer und ökologischer gestalten können. Sogar die HSG verehrte damals die Popstars der globalen Wachstumskritik. Doch es kam bekanntlich anders. Ein Essay zu 50 Jahre «Grenzen des Wachstums». Von Philipp Bürkler

Das Jahr 1950 markiert den Beginn eines unerwarteten und beispiellosen Wirtschaftswachstums. Das Schweizer Bruttoinlandsprodukt wächst zu jener Zeit jährlich um mindestens vier bis fünf Prozent. Möglich ist das vor allem, weil die Schweiz Güter in benachbarte Länder exportiert, die gerade damit beschäftigt sind, ihre vom Krieg zerstörten Städte wieder aufzubauen. Gleichzeitig deponieren immer mehr Menschen aus dem Ausland ihr Geld auf Schweizer Bankkonten. Gute Zinsen, niedrige Steuern und ein solides Bankgeheimnis machen die Schweiz zu einem Geldparadies.

Es ist eine Welt, in der Arbeitslosigkeit so gut wie nicht existiert. Es herrscht Vollbeschäftigung. Noch heute träumen unverbesserliche Politiker:innen davon, dieser Zustand möge sich nochmals wiederholen. Forget it! Die Löhne im «Wirtschaftswunder» der Nachkriegszeit steigen rascher als die Lebenshaltungskosten. Die Nachkriegsgeneration ist häuslich, brav und angepasst. Familienwerte, Anstand und Fleiss zählen mehr als Selbstverwirklichung. Die Frau gehört hinter den Herd, dafür kauft ihr der Mann von seinem Gehalt einen Kühlschrank. Und sich selbst ein Auto. Eine ziemlich heile und sorglose Welt, in der unsere Eltern- und Grosselterngeneration gelebt hat?

Bis in die frühen 1970er-Jahre ändert sich – ausser der Form der Autos und dem Genre der Musik von Rock'n'Roll zu Punk – nicht viel. Alles ist erschwinglich und relativ billig. Fast täglich kommen neue Produkte auf den Markt, die es zuvor nicht gegeben hat. Die Industrie kann mit der Nachfrage kaum Schritt halten. Konsum, Konsum, Konsum. Und Wachstum, Wachstum, Wachstum ohne Ende. Fast ohne Ende.

Die Vernichtung der Ökosysteme

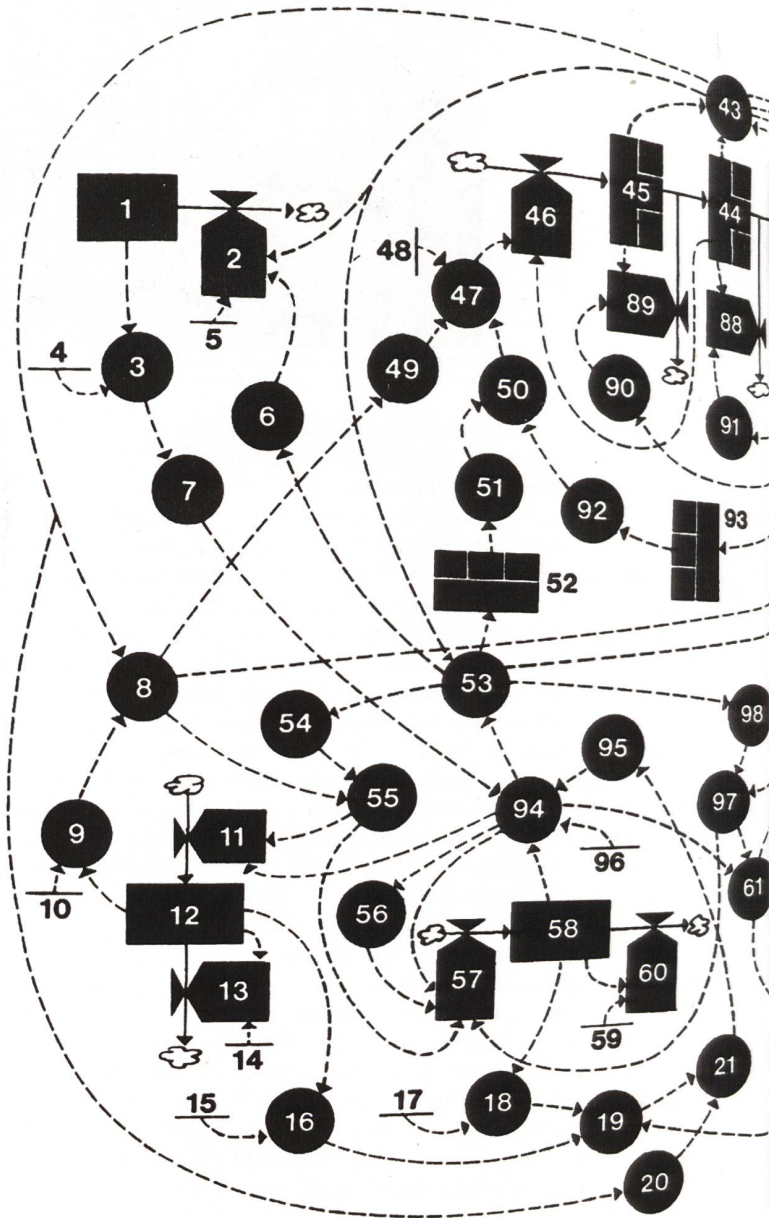
Das ungehemmte Wirtschaftswachstum der «Golden Age»-Generation hat bekanntlich krasse und deutlich sichtbare Spuren in der Umwelt hinterlassen. Weil sich immer mehr Leute eine Reise mit dem Flugzeug leisten konnten, stiegen zu jener Zeit auch Fluglärm und CO₂-Ausstoss sprunghaft an. Und einen Tag nach der ersten Mondlandung im Sommer 1969 wurde in der Schweiz das erste AKW hochgefahren. Endlich Billigstrom zum Versauen.

Damit nicht genug. Chemikalienverseuchte Bäche und Flüsse schäumten weiss. Wälder und Felder dienten als wilde Müllkippen. Unternehmen entsorgten Giftfässer in den Ozeanen, und sogar der «kleine Mann» versenkte schon mal völlig ungehemmt sein Auto in einem See. Die Natur als Abfallhalde erzeugte bei einer zunehmenden Anzahl Menschen aber auch die Einsicht, dass etwas nicht mehr stimmt. Der ungebremste Fortschritt und das zügellose Wachstum hatten einen hohen Preis.

Erstmals literarisch auf den Zusammenhang von industriellem Wachstum und Umwelt aufmerksam machte 1962 die amerikanische Biologin Rachel Carson. Ihr Buch *Silent Spring* zeigte der Weltöffentlichkeit schonungslos, wie still es im Frühling wird, wenn Vögel aufhören zu pfeifen, weil sie Würmer fressen, die durch landwirtschaftliche Pestizide vergiftet sind. Es war ein erstes, aber deutliches Signal an die Welt: So kann es nicht weitergehen.

Progressive Umweltkritik an der HSG

Um 1970 taucht erstmals das Wort «Umweltschutz» in der öffentlichen Debatte auf und löst allmählich den aus dem 19. Jahrhundert stammen-



Gesamtdarstellung des Weltmodells

Das Weltmodell ist hier als Flussdiagramm dargestellt, wie das für dynamische Systeme üblich ist. Physikalische Grössen, die direkt messbar sind, sogenannte Pegel, sind durch Rechtecke symbolisiert; Raten, die diese Pegel beeinflussen, durch Ventilsymbole; zusätzliche Variablen, welche die Raten beeinflussen, durch Kreise. Zeitverzögerungen werden durch Kombinationen von Rechtecken gekennzeichnet. Reale Bewegungen von Menschen, Gütern, Geld sind mit durchgezogenen Pfeilen, kausale Beziehungen mit gestrichelten Pfeilen angegeben, die keine Wirkung auf das Modellverhalten ausüben.

den Begriff Naturschutz ab. Im kanadischen Vancouver verbünden sich 1971 Atomkraftgegner:innen und Leute aus der Anti-Vietnam-Bewegung zu einer kleinen Organisation mit dem Namen Greenpeace.

Überall auf der Welt entstehen in den frühen 1970er-Jahren Initiativen und Umwelt-Konferenzen, die in den folgenden Jahren in der Anti-AKW-Bewegung ihren Höhepunkt finden sollten. In Stockholm kommt es 1972 zum ersten Umweltgipfel der UNO, dem Vorläufer der heutigen Klimakonferenzen.

Auch ein Studentenkomitee der Hochschule St.Gallen organisiert zwischen 1971 und 1981 insgesamt acht hochkarätige Konferenzen zu den Auswirkungen der Wirtschaft auf die Umwelt. Die erste Konferenz trägt den Titel: «Wie gestalten wir die wachsende Wirtschaft umwelt-konform? – Allgemeine Bestandsaufnahme der Umweltproblematik». Bemerkenswert für die damalige Zeit und für eine bürgerlich orientierte Wirtschaftsuniversität ist auch der Titel der zweiten Konferenz vom Oktober 1972: «Umwelt, Wachstum, Wettbewerb – Zusammenstellung pro und contra Wachstumsbegrenzung».

Das planetare Grundlagenwerk des 20. Jahrhunderts

Wachstumskritik war 1972 etwa gleich chic, wie unter den damals aufkommenden Discokugeln zu tanzen. Im Frühling des gleichen Jahres – exakt vor 50 Jahren – erschien das Buch *Limits to Growth*, eine rund 200-seitige Studie, herausgegeben vom Club of Rome, den der italienische Industrielle Aurelio Peccei 1968 gegründet hatte.

Mit dem Club of Rome wollte Peccei, der damals in Führungspositionen bei Fiat und Olivetti war, die Auswirkungen von Umweltzerstörung, Ressourcenverbrauch, Atomkraft oder steigenden Geburtenraten auf die Ökosysteme und die Menschheit erstmals global untersuchen. Der Club of Rome war die erste internationale Organisation, die sich Gedanken um die Zukunft des Planeten machte.

1970 reist der damals 62-jährige Peccei mit einigen der Clubmitglieder von Rom an die Ostküste der USA. Die Gruppe möchte am MIT, dem Massachusetts Institute of Technology, einen Wissenschaftler treffen, der angeblich mit einem Computer komplexe Szenarien berechnen kann. Der Mann heisst Dennis Meadows. Er ist Ökonom und zu diesem Zeitpunkt gerade mal 30 Jahre alt. Peccei beauftragt Meadows mit nichts Geringerem als einer weltweiten Studie über die Zukunft der Menschheit.

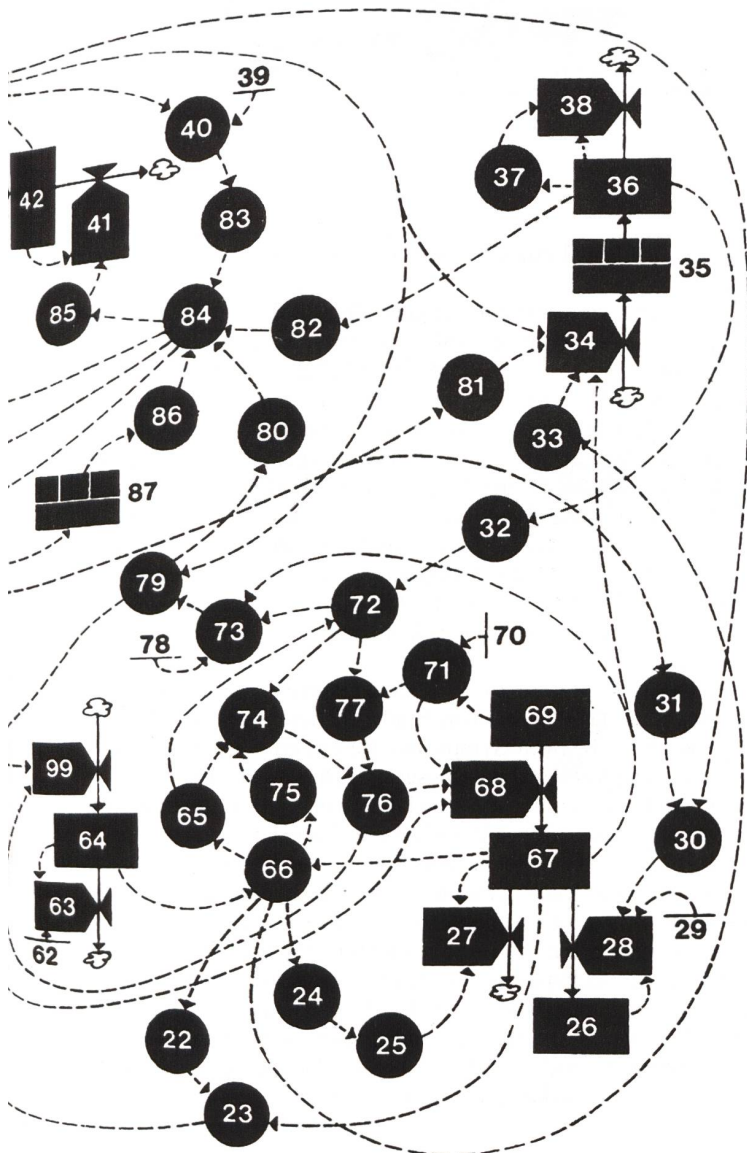
Zwei Jahre Forschung für ein deprimierendes Ergebnis

Zusammen mit seiner Frau, der Biophysikerin Donella Meadows, dem norwegischen Ökonomen Jorgen Randers sowie mehreren Student:innen aus sechs verschiedenen Ländern und 800'000 Dollar Kapital von der Volkswagenstiftung, welche die Club of Rome-Studie finanzierte, füttert Meadows zwei Jahre lang seinen Computer mit Daten: Weltbevölkerung, Nahrungsmittel pro Kopf, Industrieprodukte, verfügbare natürliche Ressourcen und Umweltverschmutzung, alles Daten, die in den vorangehenden Jahren aus unterschiedlichsten Quellen gesammelt wurden.

Die vernichtende Kernaussage des Buches nach zwei Jahren Forschung: Wenn die Wirtschaft und die Weltbevölkerung im gleichen Tempo wachsen wie bisher, sind die natürlichen Ressourcen der Erde in wenigen Jahrzehnten erschöpft. Mit anderen Worten: Der Kollaps ist unvermeidlich.

Das Buch mit dem Deutschen Titel *Die Grenzen des Wachstums* löst weltweit ein enormes Echo aus. Auch unter den Student:innen und Professoren auf dem Rosenberg. Aurelio Peccei wird im Sommer 1972 deshalb gleich an die HSG eingeladen, um seine Studie «Limits to Growth» exklusiv im deutschsprachigen Raum zu präsentieren.

Die Arbeit dient der Wissenschaft bis heute als Grundlage für Forschungen jeglicher Art. Peccei und Meadows wollten mit ihrem Bericht



Quelle: Dennis Meadows et al.: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1973

einen globalen «Change», einen Umdenkprozess bei den Menschen einleiten und bewusst machen, dass Ressourcen und Ökosysteme kollabieren können, wenn sie übernutzt werden. Heute sprechen wir auch von planetaren Grenzen und von Kippunkten, die, einmal erreicht, ein Ökosystem unwiederbringlich kippen und zerstören können.

Kritik und unrealistische Szenarien

Neben vielen bis heute realistischen Szenarien weist die Studie aber auch einige Irrtümer auf. Beispielsweise beim Hauptfokus des Buches, der Bevölkerungsentwicklung: «Falls nicht die Sterblichkeit sehr stark ansteigt, was die Menschheit sicherlich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern versuchen wird, haben wir in 30 Jahren mit einer Weltbevölkerung von sieben Milliarden zu rechnen. Und wenn wir weiterhin soviel Erfolg mit unseren Bemühungen haben, die Sterblichkeit zu senken, und so erfolglos bleiben bei der Geburtenbeschränkung, gibt es in 60 Jahren für jeden heute lebenden Menschen vier andere», heisst es auf Seite 30 des Büchleins.

Gemäss dieser Berechnung müssten 2032 mehr als 15 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Das ist natürlich nicht der Fall. Meadows und sein Team konnten vor 50 Jahren nicht wissen, dass Staaten genau aufgrund solcher Prognosen in der Folge die Geburten regulieren würden, beispielsweise China mit seiner Ein-Kind-Politik.

In einem weiteren Kapitel geht es um die Endlichkeit von Rohstoffen. Gemäss Meadows' Computersimulationen von 1972 hätten verschiedene Rohstoffe bereits in naher Zukunft erschöpft sein sollen: Zinn 1987, Blei 1991, Kupfer 1992 und Erdgas 1994. Seit wenigen Jahren wissen wir hingegen, dass es noch sehr viel mehr Rohstoffe in der Erde gibt. Alleine das Rohöl würde wohl nochmals für weitere 200 Jahre Industrialisierung reichen, der sogenannte «Peak Oil» ist bei weitem nicht erreicht. Heute stellt sich uns deshalb viel eher die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, die gesamten Rohstoffe zu verbrauchen? Gerade CO₂-intensive fossile Rohstoffe wie Öl lassen wir wohl besser im Boden.

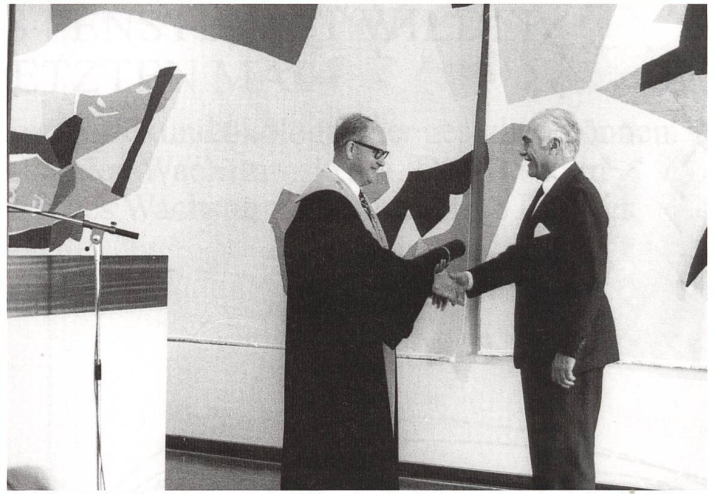
Wirtschaftsuniversität ehrt Popstars der Wachstumskritik

Auch wenn einige Szenarien falsch waren oder zumindest nicht eingetroffen sind, wurde die Studie in den Grundannahmen in den darauffolgenden Jahren immer wieder wissenschaftlich bestätigt. Auch der im Buch beschriebene Kollaps der Ökosysteme ist mit fortschreitender Klimaerwärmung und dem Artenverlust wohl nur noch eine Frage der Zeit.

Limits to Growth ist ein Grundlagenwerk der modernen Ökologie- und Post-Wachstumsbewegung. Um die Bedeutung der Studie zu verdeutlichen, hat die Universität St.Gallen Peccei 1974 die Ehrendoktorwürde verliehen für seine «grossen Verdienste um die Menschheit mit aufsehenerregenden Resultaten, mit denen er das Weltgewissen aufrüttelt», wie es in den Akten aus dem Archiv heisst.

Auch Co-Autor Dennis Meadows wurde nach St.Gallen eingeladen. 1973 hat er am dritten Umwelt-Symposium über «Strategien der Wachstumsbegrenzung» referiert. Wie visionär Meadows als Forscher bereits damals war, macht sein Vorschlag an die Organisator:innen deutlich. Er schlug vor, während der Konferenz ein Panel zum Thema «Wie soll die Schweiz im Jahre 2000 aussehen?» abzuhalten. «An einem solchen Thema könnte man konkret Zielsetzung, Konsequenz und Problematik der Umweltgestaltung aufhängen», so Meadows damals gegenüber den Hochschul-Verantwortlichen.

2050 ist für uns heute genauso weit weg, wie das Jahr 2000 für Meadows damals. Eine breite öffentliche Diskussion darüber, wie unsere Welt 2050 und darüber hinaus aussehen soll, findet heute weder in den Medien noch in der Politik statt. Das ist schlecht, weil eine grobe Vorstellung unserer Zukunft wichtiger ist als jemals zuvor.



Verleihung der Ehrendoktorwürde 1974 an Aurelio Peccei, rechts, durch den damaligen Rektor Hans Siegwart. (Bild: Archiv HSG)

Nochmal ein «Window of Opportunity»?

In den 1970er-Jahren war der Zeitgeist für soziale und ökologische Veränderung nicht nur an der HSG, sondern weltweit progressiv. Es war das Jahrzehnt, in dem ein Fenster der Möglichkeiten offenstand. Ein «Window of Opportunity», in dem im Prinzip alles möglich gewesen wäre. In den USA, aber auch in Europa entstanden unzählige politische Bewegungen, die in den darauffolgenden Jahren grosse Teile der Bevölkerung auf den Strassen mobilisierten.

Das Hauptziel der meisten Bewegungen aus dieser Zeit bestand darin, die negativen Folgen des industriellen Wachstums abzuwenden sowie die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Reaganomics und neoliberale Denkschulen in der Ökonomie ab den frühen 1980er-Jahren setzten der sozial-ökologischen Revolution der 70er aber ein jähes Ende.

Nach einer Pause von fünf Jahren versuchte 1986 auch an der HSG eine neue Generation von Student:innen einen Wiederbelebungsversuch der Umwelt-Symposien. Bereits ein Jahr später gab es jedoch die letzte Veranstaltung dieser Art. Der Wind hatte längstens gedreht. Die Klimaprobleme wären heute wohl weit weniger dramatisch, wäre die grüne 1970er-Revolution weitergelaufen.

Die «Grenzen des Wachstums» wurden aufgrund der düsteren Zukunftsszenarien – oder der nicht eingetroffenen Szenarien – in der Vergangenheit aber auch oft als Panikmache abgewertet. Gleichzeitig ist es paradox, dass wir seit der Veröffentlichung vor 50 Jahren über einen möglichen Kollaps des Planeten Bescheid wissen und dennoch bis heute nicht wirklich engagiert handeln, um die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Zumal wir heute sogar über ein Billionenfaches mehr an Daten verfügen und auch leistungsstärkere Computer für Modellrechnungen haben.

Gleichzeitig hat sich leider auch der Glaube als Irrtum erwiesen, je mehr wir die Zusammenhänge der Ökosysteme verstehen und über je mehr Daten wir verfügen würden, desto eher würden wir unser Verhalten ändern und damit die Klimakrise stoppen. Das ist demprimierend, vor allem für jüngere und klimapolitisch engagierte Generationen. Dennoch bietet sich unserer Generation ein neues «Window of Opportunity», das uns noch einige wenige Jahre Zeit gibt, den ökologischen und sozialen Wandel zu schaffen. Wahrscheinlich steht das Fenster dieses Mal aber zum letzten Mal so weit offen, bevor es sich für immer schliesst.

BIZ LÄNGER PÖSCHELE – BIZ LÄNGER SCHÄFFELE

Längere Ladenöffnungszeiten sind manchmal praktisch. Aber sind sie auch notwendig? Entsprechen sie tatsächlich einem touristischen Bedürfnis? Und was sagt das Ladenpersonal? Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Abstimmung in der Stadt St.Gallen plus ein Interview mit Pro-City-Präsident Ralph Bleuer. Von Roman Hertler



Ladenöffnungszeiten sind ein emotionales Politikum. Bereits drei Mal haben die St.Galler Stimmberechtigten seit den 1990er-Jahren eine Liberalisierung derselben abgelehnt – zuletzt 2010. Insbesondere der verkaufsfreie Sonntag scheint ihnen bisher heilig gewesen zu sein. Am 15. Mai kommt es erneut zum Urnengang. Linke Parteien und Gewerkschaften wollen die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten rückgängig machen, die Pro City und die Standortförderung gefordert hatten und die der Stadtrat im Juni 2020 – kurz nach dem ersten Lockdown – eigenmächtig einführte.

Was gilt heute?

Aufgrund eines Stadtratsbeschlusses dürfen die Geschäfte innerhalb des sogenannten «Tourismusperimeters» seit Juni 2020 abends eine Stunde länger öffnen, unter der Woche bis 20 Uhr und samstags bis 18 Uhr. Zusätzlich sind auch Sonntagsverkäufe grundsätzlich nicht mehr

verboten. Sie müssen aber nach wie vor behördlich genehmigt werden, wie dies heute bereits bei den beiden Verkaufssonntagen im Advent der Fall ist. Der Abendverkauf am Donnerstagabend bis 21 Uhr wurde hingegen abgeschafft, auch dort gilt Ladenschluss um 20 Uhr. Unter dem Strich geht es also um vier zusätzliche Stunden pro Woche, die die Geschäfte am Abend länger geöffnet haben dürfen.

Was wollen Initiative und Gegenvorschlag?

Die Initiative «Kein Sonntagsverkauf in der Stadt St.Gallen» will den Stadtratsbeschluss insgesamt rückgängig machen. Der Name der Initiative greift deshalb zu kurz. Erstens geht es nicht nur um die Sonntagsverkäufe, sondern eben auch um die erweiterten Öffnungszeiten unter der Woche und am Samstag. Und zweitens hat das Stadtparlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, wonach die Möglichkeit für mehr Sonntagsverkäufe wieder ge-

strichen, die zusätzlichen Stunden unter der Woche und am Samstag aber beibehalten werden sollen. Der Sonntagsverkauf ist damit zum Nebenasspekt geworden.

Offenbar haben auch die Befürworter:innen der erweiterten Ladenöffnungszeiten gemerkt, welch politisch heisses Eisen der Sonntagsverkauf ist. Die Initiant:innen haben aus demselben Grund schon zu Beginn der Kampagne auf den Sonntag fokussiert. Doch eigentlich geht es ihnen um mehr: Im Interesse des Ladenpersonals sollen in der Innenstadt keine Ausnahmeregelungen gelten und die Läden wie überall im Kanton öffnen. Zudem – und das ist für die Linksparteien ein entscheidender Punkt – wollen sie dem Stadtrat die Kompetenz entziehen, eigenmächtig über Ausnahmeregelungen bei den Ladenöffnungszeiten entscheiden zu können.

Wer will eigentlich erweiterte Öffnungszeiten?

Vor einigen Jahren haben der St.Galler Wirtschaftsverband Pro City und die städtische Standortförderung sechs Foren zur Entwicklung der Innenstadt durchgeführt. Pro City-Präsident Ralph Bleuer (siehe nachstehendes Interview) formulierte darauf den Wunsch gewisser Kreise, die Ladenöffnungszeiten in der Innenstadt moderat auszudehnen. Welche Kreise das konkret waren, kann oder will Bleuer heute nicht mehr sagen.

Bei Pro City sind rund 150 Geschäfte und Firmen sowie die Grossverteiler Migros, Coop, Globus, Manor, H&M, C&A und Rösslitor vertreten. Klar ist: Kleinere Betriebe mit wenig Personal, die notabene vom «Lädelerben» am meisten betroffen sind, können es sich gar nicht leisten, ihr Geschäft abends eine Stunde länger offen zu halten. Und selbst bei den Grossverteilern scheint das Bedürfnis nach erweiterten Öffnungszeiten eher gering.

Heute haben einzig die grossen Geschäfte im Neumarkt unter der Woche bis 20 Uhr und samstags bis 18 Uhr geöffnet: Aldi, Müller, Denner, Migros und gleich nebenan Alnatura. Auch die Migros-Filiale im Spisemarkt hatte eine Zeit lang bis 20 Uhr geöffnet, ist dann aber wieder zum alten Regime zurückgekehrt. Coop City, Manor, Globus, H&M und C&A schliessen lediglich am Donnerstag und Samstag eine Stunde später. Alle anderen Innenstadtgeschäfte schliessen um 19 Uhr oder früher.

Dennoch: In Gesprächen mit Pro City und der Standortförderung erhörte der damalige Stadtpräsident Thomas Scheitlin den Wunsch «gewisser Kreise». Nach juristischen Abklärungen und der Definition des Innenstadt-Perimeters stimmte der Gesamtstadtrat der Erweiterung der Öffnungszeiten zu.

Was sagt das Personal?

Am Gründonnerstag lancierten SP, Grüne und die Gewerkschaften den Abstimmungskampf mit einer Aktion auf dem Marktplatz. Auf Einkaufsstützen waren Zitate aus den Reihen des Ladenpersonals notiert: «Mindestlöhne statt täglicher Abendverkauf», «Und ich als Reinigungskraft muss ja dann noch länger arbeiten», «Wir brauchen einen GAV».

Verlängerte Ladenöffnungszeiten führten zu noch mehr zerstückelten Arbeitszeiten, so die Initiant:innen. Zwölfstündige Arbeitstage mit überlangen Mittagspausen seien keine Seltenheit. Das erschwere gerade den vielen Frauen in der Branche die Kinderbetreuung. Weiter fördere die Liberalisierung der Öffnungszeiten das Ladenster-

ben, weil es sich nur die Grossen leisten könnten. Ausserdem werde der Konsum nicht gesteigert, sondern lediglich zeitlich verschoben. Daher bringe eine Erweiterung auch den Grossverteilern keine wesentliche Mehrumsätze.

Bedauerlich, dass sich niemand aus dem Verkaufspersonal an der Aktion auf dem Marktplatz beteiligen wollte. Um zu erfahren, was das Personal – und nicht nur deren Fürsprecher:innen in Verbänden und Politik – über die Liberalisierungsschritte denkt, hat sich Saiten kurz vor Ostern in den grossen Läden im Neumarkt umgehört. Mit einem Journalisten wollte da allerdings niemand reden, mit einem neugierigen Stimmbürger hingegen schon.

Der Tenor ist eindeutig: Nur eine von zehn befragten Personen könnte sich gut mit Sonntagsverkäufen abfinden – sie ist Studentin. Alle anderen – Frauen und Männer aller Alterskategorien – führten ihre eh schon knapp bemessene Familien- und Freizeit ins Feld. Die zusätzlichen Arbeitsstunden am Abend haben sie nur zähneknirschend akzeptiert. Umsatzmässig lohne sich eigentlich nur der Samstag wirklich, sagte ein junger Mann beim Regaleinräumen. Und verhungern müsse unter der Woche nach 19 Uhr niemand, es gebe ja immer noch die Bahnhofshops, sagten zwei Verkäuferinnen. Begeisterung über «noch flexiblere Arbeitszeitmodelle», mit der die Befürworter der Liberalisierung gerne argumentieren, tönt anders.

Was sagen die Grossverteiler?

Saiten hat auch bei den wichtigsten Grossverteilern in der Innenstadt nachgefragt. Die Auskunft der Migros: Generell spreche man in Bahnhofsnähe berufstätige Menschen an, die auch nach 19 Uhr noch gerne einkaufen. Die Frequenzen würden sogar noch zunehmen, je weniger Leute im Homeoffice arbeiten. Von einem touristischen Bedürfnis ist bei Migros nicht die Rede.

Bei der Migros-Belegschaft habe die Verlängerung der Arbeitszeiten keine Reaktionen ausgelöst, zumindest sei die betriebsinterne Personalkommission diesbezüglich nicht kontaktiert worden, so der Pressesprecher von Migros Ostschweiz. Dieselben Erfahrungen habe man auch in anderen Kantonen gemacht, wo schon seit einiger Zeit längere Ladenöffnungszeiten möglich sind, etwa in Graubünden, Thurgau oder Zürich.

Bei Manor heisst es, dass unabhängig vom Ausgang der Abstimmung eine generelle Ausweitung der Öffnungszeiten unter der Woche auf 20 Uhr aktuell nicht zur Debatte stehe. Bei Globus wartet man gespannt auf das Abstimmungsergebnis, allerdings sei noch ungewiss, ob man danach die Öffnungszeiten verlängern wolle. Ein Alleingang mache keinen Sinn, die Mitbewerber müssten mitziehen. Dasselbe lässt auch die Medienstelle von C&A verlauten. Und Sonntagsverkäufe seien nur interessant, wenn sie als Ausnahme oder zu bestimmten Anlässen wie im Advent angeboten würden. Bei H&M werde das Personal jeweils angefragt, ob es an den Adventssonntagen arbeiten möchte.

Obwohl es seit fast zwei Jahren möglich wäre, werden die zusätzlich erlaubten Verkaufsstunden am Abend kaum genutzt. Vor allem im Non-Food-Bereich scheint das Interesse an erweiterten Ladenöffnungszeiten marginal zu sein. Die Grossverteiler begründen ihre Öffnungszeitenpolitik mit «den Kundenbedürfnissen». Die Nachfrage der Konsument:innen scheint derzeit noch verhalten zu sein, aber das kann ja noch werden.

«ZWÄNGEREI LASSE ICH UNS NICHT ANHÄNGEN»

Nachgefragt bei Pro-City-Präsident Ralph Bleuer.

Saiten: Seit fast zwei Jahren dürfen Geschäfte in der Innenstadt länger öffnen, doch ausser den Grossverteilern im Neumarkt nutzt kaum ein Geschäft diese Möglichkeit. Warum?

Ralph Bleuer: Die Einführung des neuen Reglements kam wohl zu einem schlechten Zeitpunkt. Nach dem ersten Lockdown waren die Geschäfte insgesamt noch sehr vorsichtig unterwegs. Jene, die heute länger offen haben als früher, tun es aus Überzeugung. Die, die es nicht machen, haben ihre Gründe. Wenn das Initiativkomitee sagt, das Angebot wird eh nicht genutzt, dann braucht es auch keine Initiative.

Als Pro City-Präsident haben Sie die erweiterten Ladenöffnungszeiten wieder aufs Tapet gebracht. Als Geschäftsführer der Papeterie Markwalder verzichten sie am Standort St.Gallen aber darauf.

Es ist doch schon schön, ganz im liberalen Sinn zumindest die Möglichkeit dazu zu haben. Wir hatten versuchsweise am Samstag bis 18 Uhr und am Donnerstag bis 20 Uhr offen, sind aber wieder davon abgekommen. Das liegt in der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit.

Wird der Druck auf die kleinen Geschäfte nicht erhöht, wenn nur die Grossen sich längere Öffnungszeiten leisten können?

Nein, das glaube ich nicht.

Dreimal hat das Stimmvolk längere Öffnungszeiten abgelehnt. Ist das von Ihnen initiierte und vom Stadtrat eigenmächtig eingeführte Reglement nicht Zwängerei?

Überhaupt nicht. Die Gesellschaft hat sich seit 2010 verändert und damit auch ihr Einkaufsverhalten. Viele sind froh, wenn sie nach 19 Uhr noch einen Znacht einkaufen können.

Das aktuelle Reglement ist nur möglich dank des «Tourismusperimeters». Entsprechen die längeren Öffnungszeiten tatsächlich einem touristischen Bedürfnis?

Das lässt sich nicht klar abgrenzen. Oder wollen Sie die Touristen vom Hotel bis in die Läden verfolgen? Aber natürlich profitiert auch die Bevölkerung von längeren Öffnungszeiten.

Das Personal ist nicht eben erfreut über die erweiterten Ladenöffnungszeiten.

Das Ladenpersonal arbeitet ja heute schon häufig in flexiblen Teilzeitmodellen. Bei uns arbeitet zum Beispiel eine Landwirtin, die sagt, sie sei «gottenfroh», dass sie an Randzeiten arbeiten könne. Wenn die Initianten nun behaupten, das Personal würde ausgebeutet, ist das an den Haaren herbeigezogen. Wir sprechen unter dem Strich von vier zusätzlichen Stunden pro Woche, sechs an den Abenden minus eine Stunde am Donnerstag. Die Personen, die am Abend eine

Stunde länger bleiben, kommen dafür am Morgen eine Stunde später. Mir muss niemand erzählen, das gehe nur, wenn man das Personal missbraucht.

Das behauptet auch niemand.

Nicht direkt, aber es wird suggeriert.

Nicht nur Parteien und Verbände kritisieren die heutige Regelung, sondern auch Teile des Personals selber – zum Beispiel das von Saiten befragte im Neumarkt.

Alle Geschäfte müssen das Arbeitsrecht einhalten. Ich frage mich schon, was die Initianten eigentlich genau bekämpfen wollen. Mit der Streichung des Sonntags ist man ihnen ja im wichtigsten Punkt entgegengekommen. Zwängerei lasse ich uns nicht anhängen, die ist auf der anderen Seite.

Inwiefern?

Kurz nach Beschluss des Gegenvorschlags im Parlament war klar, dass die Initiative trotzdem nicht zurückgezogen wird – das Initiativkomitee hat den Gegenvorschlag vermutlich nicht einmal richtig diskutiert. Hier gehts doch nur noch ums Prinzip. Wenn es ihnen wirklich um die Einhaltung des Arbeitsrechts ginge, gäbe es noch ganz andere Bereiche, wo man hinschauen müsste – ohne hier konkret werden zu wollen.

Gibt es bei Pro City Gespräche mit den Unternehmen, wie es nach der Abstimmung weitergehen könnte?

Wir sind laufend im Austausch mit unseren Mitgliedern, aber Einfluss auf deren unternehmerische Entscheidung haben wir natürlich nicht. Es wird immer uneinheitliche Öffnungszeiten geben. Diese müssen im Ermessen der Unternehmen liegen, die schliesslich auch das Geschäftsrisiko tragen. Warum etwas verbieten, das eigentlich niemandem schadet? Mein Motto dazu: Lieber die Möglichkeit haben und nicht brauchen, als sie brauchen und nicht haben.



Ralph Bleuer, 1962, ist Geschäftsführer der Markwalder+Co. AG und seit 2013 Präsident von Pro City St.Gallen.

NEUE BLICKE AUF DENKMÄLER

In St.Gallen bekommen die kantonale und die städtische Denkmalpflege je eine neue Leitung. Der Generationenwechsel bringt auch neue Blicke auf jüngere Schutzobjekte.
Von René Hornung

Katrin Eberhard übernimmt im Juli die Leitung der Denkmalpflege des Kantons St.Gallen und wird Nachfolgerin von Michael Niedermann, der seit 2014 die Stelle geleitet hat und in Pension geht. Matthias Fischer, seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter der städtischen Denkmalpflege, wird im Oktober die Leitung von Niklaus Ledergerber übernehmen, der nach 31 Jahren im Amt pensioniert wird.

Die Nachfolgerin und der Nachfolger sind beides erfahrene Fachleute, und beide sind in der Öffentlichkeit keine Unbekannten. Beide sind in der Stadt St.Gallen aufgewachsen und beide haben auch «junge» Baudenkmäler im Blick.

Katrin Eberhard kümmerte sich als Architektin «schon immer um den Bestand», wie sie betont, und setzt dabei den Schwerpunkt auf das 20. und 21. Jahrhundert. «Bauen auf der grünen Wiese war nie mein Interesse», fügt sie an. Mit ihren zwei Buchpublikationen über die St.Galler Architekturbüros von Heini Graf und von Danzeisen + Voser hat sie sich intensiv mit jüngeren Bauten in der Stadt auseinandergesetzt.

Nach ihrer Mitarbeit in verschiedenen Architekturbüros war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der städtischen Denkmalpflege und arbeitete an der Stelle, auf der ihr der Historiker Matthias Fischer 2016 folgte. Damals wechselte Katrin Eberhard in die Leitung des städtischen Hochbauamtes als Stellvertreterin des Stadtbaumeisters. Inzwischen (und bei Redaktionsschluss) sind die Posten des/der Stadtbaumeister:in und die Stellvertretung vakant.

Katrin Eberhard ist der sorgsame Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz wichtig: «Ersatzneubauten müssen heute gut begründet sein, denn die bereits verbaute graue Energie sollte angesichts der Umweltprobleme nicht einfach gedankenlos vernichtet werden.» Die Denkmalpflege habe sich schon immer für den Wert- und Substanzerhalt eingesetzt und könne deshalb ihr Know-how auch in diese aktuelle Diskussion einbringen.

Es geht um mehr als um ein Einzelobjekt

Denkmalpflege ist mehr als Schutz eines Objekts. «Im Fokus stehen meistens die Materialien und Proportionen eines einzelnen Hauses, aber schlussendlich geht es immer auch um die Identität des Ortes», betont Katrin Eberhard. Denkmalpflege ist deshalb eine öffentliche Aufgabe, weil sie die Interessen der Allgemeinheit – zum Beispiel an einem intakten Ortskern – vertritt.

Diese Anliegen führen allerdings immer wieder zu Diskussionen. Deshalb versucht jede Denkmalpflege, bei Bauprojekten früh den Kontakt zu Eigentümer:innen und Architekt:innen aufzuneh-

men, um gute Lösungen zu finden. Für Matthias Fischer ist dabei klar, dass es immer auch darum geht, Erneuerungsmöglichkeiten aufzuzeigen. So konnten in letzter Zeit in der Stadt St.Gallen die einmaligen Fassadenelemente am Gebäude der La Suisse an der St.Leonhard-Strasse gerettet werden, und auch die Fassade der ehemaligen Volksbank von Architekt Heini Graf neben dem Neumarkt bleibt im Original erhalten.

Historische Gebäude sollen genutzt werden

Die Denkmalpflege will nicht einfach ein Objekt bewahren, sie will auch, dass historische Gebäude genutzt werden. Dass dabei Bauvorschriften vom Brandschutz über die Erdbebensicherheit bis zu den Absturzsicherungen zu Diskussionen führen, ist unvermeidlich.

Hier will die Denkmalpflege helfen, angepasste Lösungen zu finden, denn heutige Normen können oft nicht eingehalten werden, weiss Matthias Fischer aus der Praxis. Dabei gilt als Grundsatz: die vorhandene Substanz erhalten. Ergänzungen werden heute oft an den Bestand angepasst, ohne jedoch diesen zu kopieren. Diese Haltung gegenüber Erneuerungen hat sich erst in den letzten Jahren durchgesetzt. Zuvor galt lange das Credo, dass Neues in einem historischen Gebäude im Sinne eines Kontrasts deutlich sichtbar sein soll.

Ein wichtiger Nebeneffekt der Denkmalpflege ist auch die Überlieferung und Pflege des Handwerks und der Materialkunde. Die Fachleute plädieren für die Verwendung von traditionellen Materialien. Erneuerungen sind dann vielleicht am Anfang etwas teurer, dafür wird der Unterhalt günstiger. In diesem Sinne ist Denkmalpflege auch ein ökonomischer Gewinn.

Innenverdichtung führt zu Druck

Im Zuge der von der Raumplanung geforderten Innenverdichtung kommen – nicht zuletzt in der Stadt – Altbauten unter Druck. Sie sind nach heutigem Massstab zu klein oder werden von Neubauten bedrängt. Die anstehende Revision der Stadsanktgaller Bau- und Zonenordnung könnte diesen Druck noch erhöhen. Deshalb sei es wichtig, dass auch das Ortsbildinventar aktualisiert und das ISOS (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz) dabei mitberücksichtigt werde, betont Matthias Fischer.

Die Denkmalpflege verstehe sich dabei nicht nur als Hüterin der historischen Bebauung. «Auch die Weiterentwicklung im Sinne einer hochstehenden Baukultur, unter Berücksichtigung der Ge-



Bleibt erhalten: Die Fassade der ehemaligen Volk



Architekt Heini Graf, erbaut 1972 bis 1977. (Bild: hrt)

schichte und Identität der Stadt, zählt zu ihrem Aufgabenbereich», sagt Fischer.

Parallel zum Ortsbildinventar ist die Überarbeitung des St.Galler Altstadtinventars angelaufen, das aus den 1970er-Jahren stammt. Das erneuerte Inventar soll detaillierter werden und den Liegenschaftsbesitzer:innen und Nutzer:innen aufzeigen, was aus denkmalpflegerischer Sicht in einem geschützten Gebäude möglich ist. Hier treffen die Forderungen nach einer lebendigen Altstadt und die Schutzbestrebungen aufeinander. Dafür werden die Häuser neu auch im Innern inventarisiert. Nutzungsdruck gibt es in der Stadt St.Gallen allerdings auch auf Industrieareale, etwa auf die Konservenfabrik in Winkeln mit ihren teils zeitypischen, aber bisher nicht geschützten Bauten.

Neue Blicke auf jüngere Epochen

Sowohl Katrin Eberhard wie Matthias Fischer werden sich vermehrt mit jüngeren Bauten befassen. Katrin Eberhard hat mit den erwähnten Buchpublikationen ihr Interesse bereits bekundet. Matthias Fischer hat seinerseits genauer auf Bauten aus den 1970er- bis 1990er-Jahren geschaut. Im Zuge seines Nachdiplomstudiums in Denkmalpflege und Umnutzung an der Fachhochschule Burgdorf hat er die aus St.Gallen stammende Studienkollegin Sara Calzavara unterstützt, die nicht weniger als hundert interessante Bauten aus dieser Zeit in St.Gallen zusammengesammelt hat.

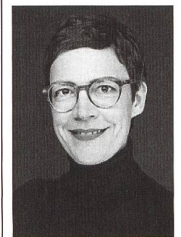
Die Bauten der 1970er-Jahre, aber auch der anschliessenden Postmoderne, sind heute oft noch umstritten. Doch für Fachleute ist klar, dass es darunter Objekte gibt, die Schutz brauchen. «Ab dem Zeitpunkt der ersten Handänderung und spätestens dann, wenn die ursprünglichen Bauherrinnen und Architekten nicht mehr leben, sind solche Objekte am stärksten gefährdet», stellt Katrin Eberhard fest. Jugendstilgebäuden ging es übrigens einst ähnlich: Sie galten lange als Kitsch, heute werden sie wieder geschätzt.

Interessanter Fund an der Villa Wiesental

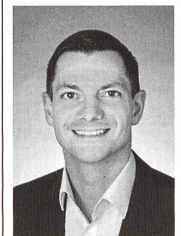
Ein prominentes Denkmal-schutzobjekt in der Stadt St.Gallen ist die Villa Wiesental, die zurzeit renoviert wird, eng begleitet von Matthias Fischer von der städtischen Denkmalpflege. In der nachträglich umgebauten Veranda, in der Südostecke, wurden beim «Auspacken» die ursprünglichen Metallstützen und Sandsteinsäulen gefunden. Nun wird versucht, diese originale Konstruktion zu erhalten und wieder sichtbar zu machen. Andere überraschende Befunde sind bisher aber nicht aufgetaucht.

Umstrittene Gesetzesänderung

Im Kanton St.Gallen steht ein von der Vereinigung der Gemeindepräsident:innen und den Wirtschaftsverbänden verlangter Gesetzesnachtrag zur Diskussion, der die Bauentscheide bei Schutzobjekten den Gemeinden übertragen will – auch bei Objekten von kantonaler und nationaler Bedeutung. Der Heimatschutz, die Architekturfachverbände, Pro Natura, WWF und Landschaftsschutz Schweiz machen schon seit Monaten Opposition gegen diese Änderung, mit der Begründung, damit werde die kantonale Denkmalpflege zur Rekursinstanz degradiert. Nachdem die Wahl von Kathrin Eberhard mit ihrer ausgewiesenen Fachkenntnis zur kantonalen Denkmalpflegerin bekannt wurde, forderte der Heimatschutz in einer Stellungnahme den Kantonsrat erneut dazu auf, «auf die Gesetzesänderung zu verzichten». Mehr zum Thema: [saiten.ch/angriff-auf-die-denkmalpflege/](https://www.saiten.ch/angriff-auf-die-denkmalpflege/)



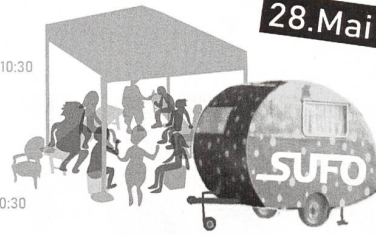
Katrin Eberhard



Matthias Fischer

Ateliers ...jeweils bis 1 Stunde lang

- 311 Klimagespräche - Was kann ich tun? Peter Maier 10:30/12:30/15:30
 315 ...für und mit Chind Waldkinder St.Gallen 10:30/12:30/15:30
 334 Solidarische Landwirtschaft ganz konkret SoLaWi Seebeli Wienacht 10:30/12:30/15:30
- 313 Die dunkle Seite des Lebens Pfarrer Hansruedi Felix 10:30
 316 E-Commerce und Fast Fashion - eine Einführung Public Eye (früher Erklärung von Bern) 10:30
 319 Genialität der Natur Remy und Luzia 10:30
 321 Bünzlige Verhinderin oder Garantin für friedliches Zusammenleben? Polizei 10:30
 331 Labeldschungel in der Landwirtschaft Biodynamische Ausbildung Schweiz 10:30
 350 Afrikanischer Tanz Tanja Langenauer und Band 10:30
 353 Friedenslieder mit Peter und Bruno 10:30
 343 Im Freiwilligeneinsatz für globale Gerechtigkeit SCI Schweiz (Service Civil International) 10:30
 322 Mein Platz in der Welt - Gespräche mit Tiefgang OstSinn 10:30
 317 Jugendbewegung und Zeitschriften vor 50 Jahren Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz 10:30
- 312 Mein ökologischer Fussabdruck WWF 12:30
 314 Rollstuhltour für Anfänger:innen Beratungsstelle Inklusion 12:30
 407 Wie transparent sind Online-Modehändler? Public Eye 12:30
 318 „Ich bin kein Rassist aber...“ HEKS - Beratungsstelle Rassismus und Diskriminierung 12:30
 332 Landwirtschaft für morgen: vielfältig, ökologisch, sozial Kleinbauern-Vereinigung 12:30
 384 Lieder für dich selber mit Peter und Bruno 12:30
 363 Wirtschaftsdemokratie und soziales Unternehmertum Stiftung Anny Klawa-Morf 12:30
 371 Die Macht der Medien Remy und Luzia 12:30
 344 Frieden durch Präsenz Peace Watch Switzerland 12:30
 361 Gemeinwohlökonomie? GwÖ 12:30
- 407 Ein Lohn zum Leben im Online-Modehandel Public Eye 15:30
 341 Kolumbien heute Online mit Christina Hörler und Freund:innen in Kolumbien 15:30
 351 Spiel mit dem Feuer Bernadette Beerli 15:30
 391 Lieder zum Feiern mit Peter und Bruno 15:30
 342 Engagement für geflüchtete Personen Jugendrotkreuz St.Gallen 15:30
 383 Eigenverantwortung und Gemeinsinn Remy und Luzia 15:30
 320 Wie wir die Welt retten Klimastreik 15:30
 333 Biodiversität in der Stadt - spazierend suchen und finden Valentin Zürcher, pens. Stadtgärtner 15:30
 346 Menschenrechtsbegleitung Peace Watch Switzerland 15:30



SOZIAL- UND
 UMWELTFORUM
 OSTSCHWEIZ
 28. Mai 2022



*z'St.Galle
 uf em Gallusplatz
 & im Klosterhof*

Atelierbeschreibungen &
 Anmeldung auf SUFOhebt.ch



KONZERTZYKLUS **IM SPIEGEL** in Anwesenheit der Komponisten

Der Konzertzyklus ist eine Widmung an die Jubiläen zweier zeitgenössischen Komponisten: 85 Jahre Valentin Silvestrov (Kyiv) und 70 Jahre Alfons Karl Zwicker (St. Gallen). Trotz grundlegender Unterschiede in ihren Werken, teilen sie sich gemeinsame musikalische Ursprünge und bieten Zugänge zum Wesen der "neuen" zeitgenössischen Musik.

Der Konzertzyklus wurde vom Verein CosmoKultur St. Gallen noch zu Friedenszeiten mit viel Liebe konzipiert und vorbereitet, jetzt spielt er sich leider vor der Kulisse des Krieges ab.

In der Lokremise St. Gallen werden Werke von Valentin Silvestrov aus verschiedenen Jahren sowie Werke der neuen Generation grossartiger ukrainischer Komponisten - Maxim Shalygin, Viktoria Poleva und Svyatoslav Lunyov - aufgeführt, die stark von Silvestrovs Musik und Persönlichkeit beeinflusst wurden.

Die Musikreihe IM SPIEGEL findet unter gemeinsamer Beteiligung von erstklassigen Schweizer, ukrainischen, österreichischen Musikern und in Anwesenheit von Komponisten statt.

Konzert **KITSCH-MUSIK** 19:30 Uhr, 07.05.2022 Lokremise St. Gallen

Im ersten Konzert erklingt u.a. das ironisch betitelte Stück Kitsch-Musik, eine Art Manifest, mit dem Silvestrov seinen Bruch mit der avantgardistischen Vergangenheit verkündet.

Interpret
 Antonii Baryshevskyi - Klavier

Konzert **LACRIMOSA** oder 13 magische Lieder 19:30 Uhr, 11.06.2022 Lokremise St. Gallen

Konzert **TRISTIUM** 17:00 Uhr, So 3.07.2022 Lokremise St. Gallen

Eintritt: frei Kollekte (das Geld wird für die ukrainischen Künstler in Not gespendet)

**Platzreservierung: cosmokultur@hotmail.com
 076 208 3303**